

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wochentlich nachmittags 4 Uhr. Besondere monatliche, vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Abbestellungen sind jederzeit möglich. Preis 10 Pf. Alle Anzeigen, Inserate, Briefe, Karten, etc. sind zu richten an die Redaktion. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckerei nicht verantwortlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Druckerei: Wilsdruff 206.



Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Rossen sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 156 — 95. Jahrgang Drahtanschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 3640 Dienstag, den 7. Juli 1936

## Ablenkungsmanöver.

Wir wollen uns bemühen, leidenschaftslos zu den ungläublichen Genfer Vorgängen bei der Rede des Danziger Senatspräsidenten Greiser Stellung zu nehmen und nicht in den üblichen Ton einer gewissen Auslandspresse zu verfallen, den man nicht anders als ein Musterbeispiel politischer Brunnendvergüßung bezeichnen kann. Oder was soll man dazu sagen, wenn am Wochenende in Danzig telefonische Anrufe englischer Blätter und amerikanischer Nachrichtenbüros einliefen, die sich erkundigten, wie sich die „schweren Ururufen“ und der „Einzug deutscher Truppen“ gestaltet hätten. Das beste ist es, zu diesen Sensationsmeldungen, deren Zweckbestimmtheit nur allzu durchsichtig ist, dieselbe Haltung einzunehmen, die der Senatspräsident in einer Unterredung mit dem Danziger Vertreter des „Röfischen Beobachters“ einnahm — nämlich zu lachen. Greiser erzählte in der Unterredung, daß er während seines kurzen Aufenthaltes in Genf mehrere Male von englischen Zeitungen aus London anrufen worden sei, die von ihm die Bestätigung haben wollten, daß 6000 reichsdeutsche Soldaten in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag in Danzig einmarschieren würden. Der Senatspräsident erklärte in diesem Zusammenhang: „Ich habe über diese Erfindungen gelacht, weil ich wußte, daß man in Genf aus Gründen der Ablenkung Sensationen gebraucht.“

Man bemerkt also die sogenannte Danziger Frage in Genf dazu — und es ist nicht das erste Mal —, um von den eigenen Schwierigkeiten abzulenken und die an sich schon mit Hochspannung geladene politische Atmosphäre weiter mit Hindisoff zu belasten. Zumindere eine merkwürdige Haltung für eine Organisation, die eigentlich dazu bestimmt ist, den Frieden zu bewahren und vorhandene Gegenstände auszugleichen. Deutscher kann der Vankrot des Völkerbundes nicht zum Ausdruck gebracht werden! Ein 67-Millionen-Volk, das wie ein Mann hinter den 400 000 deutschen Volksgenossen in Danzig steht, verzweifelt es sich aber, daß man die deutsche Stadt an der Ostsee zum Spielball rassistischer und skrupelloser Diplomaten macht.

Stellen wir noch einmal die Tatsachen sachlich und kühl fest. Der Danziger Senatspräsident war nach Genf zitiert worden, um sich zu einer Anklage zu äußern, die von dem hohen Kommissar des Völkerbundes gegen die Danziger Regierung erhoben war im Zusammenhang mit dem Besuch des deutschen Kreuzers „Leipzig“. Nicht nur den diplomatischen Gepflogenheiten widerspricht es, sondern auch den einfachsten allgemein-menschlichen Anschauungen, einen Angeklagten vor Gericht zu zitieren, ohne daß dieser die Anklageschrift kennt. In der Völkerbundstadt, die an Ueberlieferungen nicht arm ist, war sogar dies möglich. Senatspräsident Greiser hat die Angriffe sachlich, wenn auch mit Leidenschaft, zurückgewiesen. Ein Mann, hinter dem das Weltgewissen stehen sollte, hat aufrecht und deutlich das hinterhältige Spiel einer gewissen Diplomatenclique entlarvt. Es nimmt uns nicht wunder, daß ein mit dieser Clique verbundener Journalistenspiegel vor But schäumte. Daß aber der offizielle Vertreter der Freien Stadt Danzig, der in amtlicher Mission in Genf weilte, sogar tätlich bedroht wurde, ist eine Tatsache, die selbst den geringsten Anforderungen an diplomatischen Anstand und Takt ins Gesicht schlägt, im übrigen aber kennzeichnend ist für die Atmosphäre der Genfer Internationalen.

Wieder einmal versucht das Weltjudentum im träben zu fischen und auf dem Rücken der Völker keine schmutzigen Geschäfte zu machen. Bedauerlich aber bleibt, wenn dieses Spiel von einer gewissen Auslandspresse, die allerdings zum Teil judenfeindlich ist, mitgemacht wird. Doppelt bedauerlich, wenn ein Teil der polnischen Presse in die gleiche Herbe schlägt. Wie eine Dase in der Wüste ist eine verständnisvolle Auslandsstimme, die der spanischen Zeitung „ABC“, die feststellt, daß zwei weitsehende Staatsmänner, Hitler und Wilsdruff, dem unfruchtbaren Kampf zwischen den beiden Ländern durch einen geeigneten Vertrag ein Ende bereiten hätten. Danzig sei deutsch und daher auch nicht aus völkspolitischen Gründen vom Reich getrennt worden, sondern um Polen den Weg zum Meer frei zu machen. Als noch starke Spannungen zwischen Berlin und Warschau vorhanden gewesen seien, sei die Intervention des Völkerbundes logisch gewesen. Heute aber hindere Deutschland und Polen nichts mehr daran, die Verwaltung der Freien Stadt Danzig selbst und ohne Einschaltung des Völkerbundes zu regeln. — Auch die englische Zeitung „Daily Mail“ nimmt eine verständige, zurückhaltende Haltung ein, die in wohlthuendem Gegensatz zu den Kenzungen der übrigen englischen Presse steht. Die Londoner Zeitung stellt zunächst fest, daß Danzig keine britische Angelegenheit sei. „England hat keine Beziehungen zu dieser Stadt an der Ostsee, und die britische Öffentlichkeit betrachtet ihre Zukunft mit völligem Gleichmut. Niemand würde etwas dagegen haben, wenn Deutschland die Stadt für Deutschland zurückgewönne.“ Das Blatt kommt zu der Schlussfolgerung, daß je eher der Völkerbundskommissar Vester in seine irische Heimat zurückkehren würde, es desto besser wäre. Die sogenannte Freie Stadt Danzig, das Pulverfaß Europas,

## Englands Gegenanschläge. Meerengen-Konferenz 2. Teil in Montreux.

Die englische Abordnung auf der Meerengen-Konferenz in Montreux hat anlässlich des Beginns des zweiten Konferenzabschnittes eine „Neufassung“ des türkischen Abkommensentwurfes vom 22. Juni vorgelegt. Diese Neufassung hat in den entscheidenden Bestimmungen den Charakter eines Gegenentwurfes. Danach soll die Internationale Meerengen-Kommission zur Ueberwachung der neuen Durchfahrtsbestimmungen beibehalten werden.

Die Durchfahrt von Kriegsschiffen, mit Ausnahme der Unterseeboote, soll für alle Länder vollständig frei sein. Artikel 11 sieht vor, daß die Höchsttonnage aller ausländischen Seestreitkräfte, die auf der Durchfahrt durch die Meerengen begriffen sind, jeweils nicht größer sein darf als die Hälfte der Gesamttonnage der tatsächlich aktiven türkischen Flotte. Für den Aufenthalt von Kriegsschiffen von Nichtuferstaaten im Schwarzen Meer wird für Friedenszeiten eine normale Höchsttonnage von 30 000 Tonnen festgelegt. Diese Höchstgrenze kann jedoch bis zu 45 000 Tonnen erhöht werden, wenn in einem gegebenen Augenblick die Tonnage des kaiserlichen Uferstaates des Schwarzen Meeres um mehr als 10 v. H. größer ist als die Tonnage der Schwarzmeer-Flotte der Sowjetunion.

Allgemein ist vorgesehen, daß der Aufenthalt fremder Kriegsschiffe im Schwarzen Meer sich nicht über einen Monat hinaus erstrecken soll.

Nach Artikel 16 des englischen Entwurfs sollen die gleichen

Durchfahrts- und Aufenthaltsbestimmungen auch für den Kriegsfall gelten, wenn die Türkei neutral bleibt. Die Rechte und Pflichten der Türkei als neutrale Macht sollen ihr auch nicht die Befugnis geben, irgendeine Maßnahme zu treffen, die geeignet wäre, die Durchfahrt und die Schifffahrt in den Meerengen zu behindern. So wie der türkische Vorschlag auch der englische Entwurf vor, daß die Regelung der Durchfahrt in das Ermessen der türkischen Regierung gestellt wird, wenn die Türkei in Kriegszeiten zu den Kriegsführenden gehört.

Das absolute Verbot des Ueberfliegens der Meerengenzone im türkischen Entwurf ist im englischen Entwurf abgemildert. Die Türkei soll sich verpflichten, die notwendigen Erleichterungen zu gewähren, um den sicheren Verkehr von Zivilflugzeugen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft oder ihre Nationalität zwischen Europa und Asien einerseits und zwischen dem Mitteländischen Meer und dem Schwarzen Meer andererseits zu ermöglichen.

Bezüglich einer Teilnahme Italiens an den Arbeiten der Meerengenkonferenz wurde am Montagabend bekannt, daß die italienische Regierung beschlossen habe, keine Abordnung nach Montreux zu entsenden. Obwohl ein Grund für diese Abgabe offiziell nicht angegeben wurde, nimmt man doch an, daß sie auf das Fortbestehen der von England mit den Mittelmeerländern abgeschlossenen Viseleisungsabkommen zurückzuführen sei.

## Echo des Genfer Skandals um Danzig.

Englisches Blatt fordert Abberufung des Völkerbundskommissars Vester.

Die Danziger Frage und die mannhafte Rede des Danziger Senatspräsidenten Greiser vor dem Völkerbund stehen im Mittelpunkt der Betrachtungen der europäischen Öffentlichkeit. Die Weltpresse hat ein neues Thema. Mit einemmal stürzt sie sich auf die Danziger Frage, als hätte es nie ein Abessinienproblem oder eine Sanktionsfrage gegeben. Es sieht ganz so aus, als benutze sie das Thema Danzig, um das Genfer Fiasko zu vertuschen.

Die Londoner Blätter bauschen die Berichte über die Greiser-Rede und ihre Folgen sowie über die Beziehungen zwischen Deutschland und Danzig größtenteils auf.

So läßt sich der „Daily Telegraph“, der gegenüber den Danziger Wünschen nur Ablehnung kennt, von einem diplomatischen Korrespondenten melden, daß die Kundgebung Greisers in Genf in London sehr ernst beurteilt werde. Wehlich meint der diplomatische Mitarbeiter der „Times“, daß die Rede Greisers die Besorgnisse vieler Diplomaten verstärkt habe. — In einer längeren Berliner Meldung schreiben die „Times“ u. a., man rechne vielleicht damit, daß die Befreiung Danzigs durch Propaganda und Verhandlungen erzielt werden könne.

sei ein charakteristisches Produkt des Völkerbundes. Wenn die „Genfer Quasibude“, die in der vorigen Woche so ein betrübliches Schauspiel geliefert habe, niemals existiert hätte, würden wir nicht dauernd diese Schwierigkeiten in allen Teilen der Welt erleben.

Bewußt zitierten wir diese englische Stimme, die von dem Verdacht frei sein dürfte, deutsche Belange zu wahren. In dem oben erwähnten Interview des deutschen Journalisten mit dem Danziger Senatspräsidenten hat Greiser die Genfer Mutmaßung, daß zur Vereitigung des Danziger Status eine gewaltsame Aktion geplant sei, scharf zurückgewiesen. Der Senatspräsident hat praktische Vorschläge gemacht, um die Danziger Verhältnisse einer Revision zu unterziehen, die geeignet sind, das Pulverfaß im Osten Europas anzubrennen. Man sollte sich ruhig und sachlich mit diesen Vorschlägen auseinandersetzen, statt durch durchsichtige Gerüchte und zweckbestimmte Behauptungen einen neuen Unruheherd zu schaffen, der den Frieden Europas gefährdet, den die Völker erschauern. Vor allen Dingen sollte man die Sache dem Völkerbund so schnell wie möglich aus der Hand nehmen, da er bekanntlich nur Unheil anrichtet und in seiner Hilflosigkeit neue Gefahrenquellen schafft. Deutschland und Polen haben schwierigere Fragen gelöst und werden durch direkte Verhandlungen auch mit der „Danziger Frage“ fertig werden!

Es scheint unvermeidlich, daß Danzig eines Tages zu einer engeren Verbindung mit Deutschland zurückkehren wird.

Gegenüber der Mehrzahl der Londoner Blätter, in denen eine sachliche Würdigung des Danziger Problems nahezu völlig fehlt, sind die Ausführungen der „Daily Mail“ bemerkenswert. Das Blatt schreibt, daß Danzig die Engländer nichts angehe. Dem englischen Volk sei die Zukunft Danzigs völlig gleichgültig, und niemand würde sich aufregen, wenn Danzig „wieder für Deutschland zurückgewonnen“ würde. Unglücklicherweise sei England durch seine Verbindung mit dem Völkerbund in den Streit hineingezogen worden. Außerordentlich scharf greift „Daily Mail“ den Oberkommissar in Danzig, Vester, an. Seiner Behandlung der Danziger Angelegenheiten nach zu urteilen, sei Vester nicht geeignet, eine solche Stellung auszufüllen. Je eher er nach Dublin (Vester ist Ire) zurückgeschickt werde, um so besser sei es.



Senatspräsident Greiser. (Selbstbild.)

### Greisers befreiende Tat.

In der Danziger nationalsozialistischen und hitlerischen Presse kommen die spontanen Empfindungen der Danziger Bevölkerung zum Ausdruck, wenn sie Greisers Vorstoß als eine befreiende Tat gegenüber einem unerträglich gewordenen Zustand kennzeichnen. Das amtliche Organ der Danziger NSDAP, der „Danziger Vo-













